Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/817 (neu)

Antrag

der Fraktion der SPD

Hilfe für bedrohte Chilenen

Am 11. September 1987 jährte sich zum 14. Mal der Tag, an dem die chilenischen Streitkräfte in einem blutigen Putsch in Chile die Macht an sich gerissen haben. Der demokratisch gewählte Präsident Salvador Allende und Tausende seiner Anhänger sind diesem Putsch zum Opfer gefallen.

Unterdrückung, Folter und Mord dauern an. Sie kennzeichnen bis heute die Regierung der Militärdiktatur von Augusto Pinochet.

15 politische Gefangene sind zur Zeit in Chile vom Tode bedroht. Die Militärstaatsanwälte der Regierung des Generals Pinochet haben für sie die Todesstrafe gefordert. Vier dieser Angeklagten sind bereits in 1. Instanz durch den Militärrichter verurteilt worden. Ihre Verfahren sind jetzt beim Obersten Militärgerichtshof anhängig. Es ist unstreitig, daß die außergerichtlichen Geständnisse und Erklärungen all dieser Personen durch physische und psychische Folter erpreßt worden sind. Bekannt ist auch, daß das System der Militärgerichte aufgrund der fehlenden Unabhängigkeit keine gerechte Rechtsprechung garantieren kann.

Die „Zweite Internationale Parlamentarierkonferenz für Demokratie in Chile" in Santiago vom 4. bis 6. September 1987 hat erneut auf die Unterdrückung, der das chilenische Volk durch die Militärdiktatur ausgesetzt ist, und auf die Gefahr, in der die 15 Chilenen schweben, hingewiesen.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag schließt sich den Forderungen dieser Konferenz an. Er verurteilt aufs schärfste
   - die schweren Übergriffe staatlicher Organe gegen chilenische Bürger;
   - die Verletzung der Menschenrechte;
   - den Zynismus, mit dem sich willkürlich handelnde Militärgerichte den Anschein der Rechtsstaatlichkeit geben;
   - die ständig zunehmende Bedrohung und Unterdrückung von oppositioneller Presse und Journalisten;

— die andauernde einseitige Parteinahme für die Diktatur durch einheimische und internationale Unternehmen;

— die Behinderung der Arbeit von Menschenrechtsorganisationen und ihrer Mitglieder.

2. Der Deutsche Bundestag schließt sich den Feststellungen der „Zweiten Internationalen Parlamentarierkonferenz für Demokratie in Chile" an und fordert die Bundesregierung auf,

   — sich für freie Wahlen und gegen das von der Diktatur gelenkte Plebiszit einzusetzen;

   — der Ausgrenzung linker Parteien aus dem parlamentarischen Prozeß entgegenzuwirken;

   — mit größtem Nachdruck auf die Abschaffung der Folter hinzuwirken.

3. Der Deutsche Bundestag nimmt zur Kenntnis, daß Frau Beatriz Brinkmann freigelassen wurde und in die Bundesrepublik Deutschland ausgereist ist. Er spricht allen seinen Dank aus, die sich für die Freilassung von Frau Brinkmann eingesetzt haben. Er sieht in der Freilassung ein Beispiel dafür, daß das gemeinsame Bemühen aller politischen Kräfte der Bundesrepublik Deutschland – des Parlaments, der Regierung, der diplomatischen Vertretung, von Bürgerinitiativen und der Öffentlichkeit – um das Schicksal einer deutschen Staatsbürgerin zum Erfolg führen kann. Er geht davon aus, daß mit der Freilassung und Ausreise keine Ausbürgerung von Frau Brinkmann verbunden ist und daß sie jederzeit nach Chile zurückkehren kann.

   Der Deutsche Bundestag vergißt bei aller Freude über die Freilassung von Frau Brinkmann die große Zahl derer nicht, die in Chile als Opfer der Militärdiktatur weiterhin eingesperrt, gefoltert und vom Tode bedroht werden.

4. Der Deutsche Bundestag schließt sich der Aufforderung der „Zweiten Internationalen Parlamentarierkonferenz für Demokratie in Chile" nach sofortigem Handlungsbedarf an und fordert die Bundesregierung auf,

   — von der chilenischen Regierung zu verlangen, daß sie die Todesstrafe, die unter Umständen über die 15 Chilenen verhängt wird, in eine Abschiebung über politisches Asyl umwandelt und

   — unverzüglich diesen 15 chilenischen politischen Gefangenen politisches Asyl zu gewähren und diese Entscheidung der chilenischen Regierung mitzuteilen.

5. Die bisher vorgenommene Sicherheitsüberprüfung durch den Innenminister soll ab sofort entfallen.

Bonn, den 7. Oktober 1987

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333